

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft

II/1995

Dialog
Wissenschaft – Gesellschaft – Politik – Kultur

Universitätsverlag Rasch Osnabrück

»Umwelt« und Militärkonversion in Niedersachsen

Der sich weltweit abzeichnende Friedensprozeß, die politischen Veränderungen in Europa und die deutsche Wiedervereinigung haben angesichts der Zunahme der Umweltprobleme, sowohl in den Ländern der ersten als auch der dritten Welt und für das Land Niedersachsen, erhebliche Folgen. Es steht ein gesellschaftlicher Strukturwandel ins Haus, der unter dem Vorzeichen allseitig bejahter Friedenssicherung den Umbau regionaler Ökonomie, Sozialität, Politik, Umwelt und Privatheit nach sich ziehen muß.

An Anzeichen mangelt es nicht, und wenigstens auf mittlere Sicht ist nicht mehr das erste Ziel dieses Umbaus in Frage zu stellen – Militärkonversion –, sondern allenfalls seine Präzisierung auf das ökonomisch, sozial und politisch Gewollte und Praktikable. Ökonomisch-, sozial-, umwelt- und politikverträgliche Umbauszenarien, -programme, -maßnahmen, -strategien und -taktiken sind gesucht, die dem Anspruch einer aktiven Politik für die Bürger in allen Produktions-, Arbeits- und Lebensbereichen gerecht werden. Ihre Effektivität, Effizienz und Leistungsfähigkeit für die Gesellschaft von morgen können daran gemessen werden, wie geradlinig und möglichst ohne gesellschaftliche Neben- und Zusatzkosten eine neue und erweiterte Grundlage des Produzierens, Arbeitens und Lebens erdacht, gestaltet, umgesetzt und erreicht werden kann. Nichts Geringeres als die Vorboten der Strukturen einer friedlichen Basis einer über alle Grenzen hinausgreifenden Gesellschaft von morgen stehen heute zur ersten Gestaltung an. In ihr sollen dauerhaftes Wachstum, sozialer und politischer Friede in einer lebenswerten Umwelt durch die gemeinsame Gestaltung möglichst vieler langfristig eine fruchtbare Symbiose eingehen können. Wenigstens von der Aktualität der großen historischen Anlässe aus gesehen, d. h. seit dem Zusammenbruch des Modells des real existierenden Sozialismus, hat es den Anschein, als ob die Militärkonversion die Möglichkeit eines nachhaltig anderen Umgangs mit unserer Umwelt vorübergehend geboten hat.

Neuer Ausgangspunkt dieses historisch erforderlichen Umbaus der Gesellschaft ist jetzt neben der Umweltproblematik die Entspannungspolitik zwischen Ost und West. Letztere schlägt sich am augenfälligsten in einer zunächst langsam einsetzenden, dann aber sich in wenigen Jahren hoffentlich erheblich beschleunigenden Militärkonversion nieder. In ihr sind zusammengeführt

- eine Rüstungskonversion, d. h. der Umbau militärischer Geräte zu friedlicher Nutzung und der Umbau der Rüstungsproduktion in nicht militärische Güterproduktionen,
- eine militärische Dienstleistungskonversion, d. h. die Überführung von Kasernen, Flugplätzen und Truppenübungsplätzen sowie Versorgungs-, Transport-, Rettungs- und technischen Hilfssystemen in friedliche Nutzungen,
- eine Konversion militärischer Sozialeinrichtungen, d. h. die Öffnung der Militärkrankenhäuser und Erholungsheime sowie der medizinischen, psychiatrischen und sozialen Betreuungseinrichtungen für alle Bürger, sowie
- eine Umweltkonversion, d. h. die Rückführung militärischer Territorial-, Raum- und Grundstücksnutzungen auf Erfordernisse der Natur und der Gesellschaft.

Umwelt ist also, sobald man die Perspektive auf das ›Ganzheitliche‹ und nicht auf ausgewählte Sektoren oder Bereiche von Gesellschaft bezieht, in einem zweifachen Verständ-

nis zu problematisieren. Einerseits ist die Umwelt als alles das zu bezeichnen, was nicht vom ja nur analytisch schärfer hervorgehobenen Produktions- und Lebenssystem, der Kern-Gesellschaft, aus als rand- und deshalb als eigenständig erscheint. Diese Umwelt des Kernsystems ist es aber gerade, die durch die sich derzeit vollziehenden Veränderungen zum nur aktuellen Zentrum gemacht wird. Andererseits ist mit Umwelt jener, zum Teil romantisch und verklärend, zum Teil wesentlich und kämpferisch verstandene Um- und Gegenstand mit dem letzten Bezugspunkt Natur gemeint, der in den letzten zwanzig Jahren seine politische Hoffähigkeit erlangt hat. Diese Umwelt ist ein subjektiv erfahrener und vom Gesellschaftssystem funktional begrenzter Bezugspunkt, ein Anfangspunkt für vielleicht später weitgreifende gesellschaftliche Reformen und ein Nadelöhr, dessen Enge just jenes Weiterdenken in größere Zusammenhänge zum Verharren am Objekt der Natur einlädt bzw. zwingt. Umweltkonflikte können als neue Dimension der Friedens- und Konfliktforschung also nur insoweit zum Zug kommen, als sie einem bislang wenig aktuellen Aspekt des gesellschaftlichen Zusammenhangs, der ganzen Welt, nicht ausreichend nachgegangen ist. Jede Friedens- und Konfliktforschung hat sich, wenn auch nicht unbedingt in der Sprache der Ökologie, mit einer lebenswerteren Welt, also auch mit Umwelt befaßt. Und sicherlich geht mit der Zentrierung der Aufmerksamkeit mehr einher als der Wechsel der Worte. Allerdings darf das Gesellschaftliche keinesfalls aus den Augen verloren oder in der Bedeutung geschmälert werden. Denn, wenn die Aktualität eines Themas den Beitrag des dazugehörigen Bereiches zum gesellschaftlichen Ganzen ersetzt, kann Umwelt, aber genauso gut Frieden und Konflikt usw., zum letztlich falsch verstandenen Agens sowohl der Personen als auch der Institutionen und der vermeintlich dann existierenden Gesellschaft werden. Prompt wäre man wieder in der Sackgasse der dahin und vor sich hin stürmenden Aktivitäten, ohne von den Kurven der funktionalisierenden Gesamtzusammenhänge mehr zu verspüren als die Holperigkeit der Fahrbahn.

Die nachfolgenden Ausführungen werden diesen Weg nicht zu gehen versuchen. Vielmehr geht es bei der Problematisierung der Militärkonversion auch in Niedersachsen gerade darum, wie die Betonung der Umwelt, des Friedens und der Konflikte in ihrem die Gesellschaft verändernden Potential in die Struktur der Gesamtzusammenhänge eingebaut und damit aufgehoben werden kann. Und bekanntlich und geschichtsnotorisch immer wieder ersichtlich muß nicht jeder lauthals begrüßte Fortschritt in welche Richtung des Friedens auch immer automatisch an die Ufer einer friedlicheren Gesellschaft gelangen.

1. Militärkonversion, Umwelt und friedliche Gesellschaft

An der Zielsetzung und Nachhaltigkeit der Entwicklungen mit den aktuellen Bezugspunkten Umwelt, Frieden und Konflikt zu jetzt gleich mehrdimensionalen Verträglichkeitserfordernissen von sozial- bis umweltverträglich sind allerdings eine Reihe von Zweifeln anzubringen. Sie haben, so könnte man bei genauerem Hinsehen argumentieren, wenig mit Umwelt und allen Überlegungen in Richtung Verträglichkeit und Frieden zu tun, sondern schlicht mit den von allen Wissenschaften aus eigentlich einsehbaren Folgen einer durchmilitarisierten Gesellschaft. Einige Andeutungen müssen genügen.

Zunächst einmal muß auf die militärisch-technologische Entwicklung hingewiesen werden, die sich schon seit Jahrzehnten zu mehr Kriegstechnologie bei jeweils rückläufigem Bedarf an Truppen auszeichnet. Nicht nur, daß die militärischen Bedrohungs- und Vernichtungspotentiale sich schon aus technischen Gründen erheblich gesteigert haben, mit jeder noch besseren Waffe reduzierte sich auch der Sinn des mit Gewehr kämpfenden

Mannes, also die Größe der jeweils für notwendig gehaltenen Truppen. Die damit skizzierte Wechselwirkung zwischen militärisch-technischem Fortschritt und ›manpower‹ aus Soldaten mußte (vor allem in Phasen, in denen Generationen von Militärtechnologie ausgewechselt wurden) sich als ganz profane Notwendigkeit nach Umstrukturierung der Streitkräfte und Rationalisierung in jedem auch nur denkbaren Sinne auswirken; alle militärischen Einrichtungen mußten sich zur Disposition stellen. Ja, Schlagkraft kann zusätzlich verbessert werden, wenn es gelingt, die nur im begrenzten Umfang steigerbaren absoluten Staatsausgaben für das Militär durch interne Umschichtungsmaßnahmen verstärkt in neue Kanäle zu leiten. Die Rüstungsindustrie läßt, wie nicht nur die Beispiele von Starfighter und Jäger 90 zeigen, regelmäßig herzlichst grüßen. Bevor also die Zielsetzung einer friedlicheren Gesellschaft durch Rüstungskonversion als erreicht deklamiert werden kann, muß wenigstens der Option nachgegangen werden, ob die Konversion vielleicht nichts weiter ist als die sozialverträgliche Lösung für eine klassische horizontal und vertikal ansetzende Rationalisierung von Aufgaben, Tätigkeiten, technischen Einrichtungen und Liegenschaften, vielleicht auch nur in speziellen Bereichen, diesmal beim Militär. Nicht nur die (private) Wirtschaft braucht und realisiert ›Umstrukturierung‹ mit gesellschaftlich umverteilender Bewandtnis.

Sodann vermag ein Ansatz, der sich vorrangig auf die militärische Seite bezieht, nicht ausreichend die Probleme aufzuschließen, die in den nächsten Jahren gelöst werden müssen. Auf dem Hintergrund der bestehenden Gesellschaft und deren Strukturen und Funktionsmechanismen müssen nachfolgende Problemhorizonte und Verursacherebenen hinzugefügt werden:

Die Monostruktur der Rüstungsproduktion, die quasi nationalen Monopole, das praktische Fehlen von marktvermittelter und bereinigender Konkurrenz und die Abnahmegarantie durch wenigstens einen großen nationalen Nachfrager haben im Rüstungsbereich Sondersituationen geschaffen. Bei vielen Akteuren, auf allen Ebenen und bei fast jeder Produktion für und Lieferung an das Militär sind Austausch- und Kommunikationsbeziehungen und Systeme entstanden, die mit der sozialen Marktwirtschaft nicht in Einklang zu bringen sind. Gleiches gilt für die Konsumtionsmittel, Verbrauchsgüter und Dauerdienstleistungen, die vom Militär nachgefragt wurden und über spezifisch organisatorisch überformte Beziehungen zwischen Militär und Anbieter und weniger über ›Markt‹ realisiert worden sind. Die Rückkehr zu offenen Kommunikations- und Verteilungsformen sowie -strukturen muß eingeleitet, ausgebaut und sichergestellt werden.

Die Nähe von militärischen Dienstleistungen, die ja mit spezifischen und zentralen Befehlszentren, -strukturen und -mechanismen ausgestattet sind, zu öffentlichen und privaten Dienstleistungen für die Gesellschaft, die an gesellschaftliche Gruppen plural, regional und dezentral angebunden sind, darf nicht zur einfachen Verlagerung der Leistungsangebote vom militärischen zum gesellschaftlichen Bereich verleiten. Das gilt auch hinsichtlich der militärischen Einrichtungen für die Zivilbevölkerung sowie für ›technische Hilfswerke‹ u. ä. Dienstleistung und Erbringungsstruktur müssen auf die spezifischen Grundlagen der bestehenden zivilen Gesellschaft zurückgeführt und von dort aus weiterentwickelt werden.

Die sozialen Wirkungen dürfen nicht nur auf der Ebene der Folgen thematisiert werden, die – über das Leistungsangebot etablierter Träger – auf der Seite der Arbeitskräfte deutlich werden. Jenseits der gesellschaftlich organisierten primären Folgen tun sich vor allem in der Umverteilung der Lebenschancen im öffentlichen, privaten und häuslichen Bereich sekundäre Wirkungen auf, denen zu weit mehr Aufmerksamkeit verholten werden muß. Soll z. B. nicht der unbearbeitete Rest der gesellschaftlichen Veränderungen in die mißverstandene weibliche Bastion des Hauses abgedrängt werden, müssen die wei-

terreichenden sozialen Folgen auf dem Hintergrund geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung beherrschbar werden. Die Basiseinheiten des Arbeitens und Lebens in der Gesellschaft müssen von neuen Belastungen freigehalten und in die Lage versetzt werden, ihren Anteil an den Veränderungen positiv mitzugestalten.

Es kann nicht damit getan sein, von militärischer Seite die Beseitigung der Umweltschäden zu verlangen. Eine öko-technische Sanierung der Areale ist selbstverständlich und wirft aufgrund der dazu erforderlichen Maßnahmen und Techniken bereits erhebliche Probleme auf. Aber Natur im Sinne von unbelassener Natur ist nur eine der möglichen und neuen gesellschaftlichen Nutzungsformen, deren gesellschaftsverträglicher Charakter erst zu bestimmen und dann zu realisieren ist. Der Zutritt zu ehemaligem militärischen Sperrgebiet ist noch lange keine ökologische Lösung.

Das Ende des Kalten Krieges mahnt eine kritische Reflexion der Erziehungs- und Ausbildungssysteme und deren Inhalte an, sollen nicht externe Feind- zu internen Fixierbildern ausgrenzenden Sozialverhaltens mit unübersehbaren Sekundärfolgen pervertieren können, einem – aus deutscher Geschichte – fatalen Ausweg mangelnder innerer Identität und äußerer Orientierung. Die Qualität sozialen Zusammenlebens und -arbeitens muß auf einem Niveau gesichert werden, das Projektionen der eigenen Lage von ›Sozialneid bis hin zu Fremdenhaß‹ nicht entstehen läßt.

In allen schwierigen Situationen gesellschaftlicher Entwicklung erweitert die Politik ihren Blickwinkel der Suche nach Lösungen und den Kreis jener, die an ihnen mitwirken möchten. Die Erweiterung des Blickwinkels muß vom eingespielten System des immer nur additiven Machens hin zu den Horizonten eines auf langfristige Wirkung angelegten und bewußten Gestaltens reichen. Aber selbst dort, wo die politische Beteiligung über Informationsaustausch und Kommunikation hinausgeht, werden die Voraussetzungen bei den Staatsbürgern, sich zu artikulieren, in aller Regel übersehen. Diese vororganisierte gesellschaftliche Artikulations- und politische Aufmerksamkeitshierarchie muß in Fragen der Militärkonversion umgebaut werden, um das praktische wie das zukunftsbezogene und ganzheitliche Wissen aller Akteure auf allen Ebenen des Lebens und Arbeitens mit in den Gestaltungsprozeß der modernen Gesellschaft einfließen lassen zu können. Die Gütesiegel ökonomie-, sozial-, politik-, umweltverträglich usw., kurz: gesellschaftsverträglich hängen eindeutig und zu allererst von den neuen Strukturen und Formen der Beteiligung der Menschen an den Problemen ab, und sie helfen somit, politische Apathie, Parteien- und Staatsverdrossenheit abzubauen.

Gleicherweise muß den strukturellen Verteilungsmustern, die politischer Aktion immer folgen, Aufmerksamkeit verliehen werden. Angesichts der hervorragenden Gewinnsituation von Rüstungsunternehmen und der doch finanziell guten Stellung des militärischen Personals bedarf es wohl keiner elaborierten Diskussion, um auf den Umverteilungscharakter militärischer Ausgaben jenseits aller Sicherheitserfordernisse hinweisen zu können. Hat schon der Prozeß der Militarisierung den Weg über ganz honorifique Profitorientierung angesichts der kollektiven Bedrohung genommen, so ist zweifellos die Entmilitarisierung über die Militärkonversion zum gleichen Gang nach dem Schrittmuster privater Interessen und althergebrachter sozialer Statusgefüge zu gehen gezwungen. Die Erwartung einer Rückgabe eines im Militär geparkten gesellschaftlichen Reichtums – etwa an die staatlichen Instanzen – ist ohne Grund und Boden. Militärkonversion ist, so schmerzlich diese Erkenntnis wohl ist, nur über das Ausfechten der Interessensunterschiede, d. h. der sich wiederholenden Verteilung neuerlicher Lasten und Gewinnmöglichkeiten verschiedenster Art und Weise zu erreichen.

Kurz: Nicht jede verschrottete Waffe, nicht jeder militärische Personalabbau, nicht jeder geräumte Übungsplatz und nicht jede geschlossene Rüstungsproduktion ist gleich-

zusetzen mit mehr Frieden oder besserer Umwelt. Sicherlich, der Ansatzpunkt jeder Konversion an den Gütern, Einrichtungen und Abläufen, die mit dem Militär verbunden sind, muß der Anfang aller Analysen, Übersichten, Szenarien und Umgestaltungen sein. Aber sie kann erst im Bereich der mittelbaren Wirkungen des Militärischen auf eine Gesellschaft und im Reflex auf deren zentrale Strukturen jene Konturen gewinnen, die mit einer gesellschaftsverträglichen Militärkonversion zu verbinden sind. Beide Ebenen sind nicht voneinander unabhängig, sondern über die Probleme und deren zu gestaltende Lösungen verbunden. Eine zukünftig friedliche Welt kann eigentlich nicht die Umweltprobleme der militarisierten Gesellschaften haben.

2. Spezielle Probleme Niedersachsens

Niedersachsen hat auf dem Weg der Militärkonversion gegenüber anderen Bundesländern einen gewissen Vorteil. Es verfügt über keine umfangreiche Rüstungsindustrie (wie etwa Bayern oder Baden-Württemberg), andererseits jedoch über eine große Zahl von Truppenstandorten, militärischen Übungsplätzen, Einsatzzentren und Depots – auch ausländischer Streitkräfte. Es ist damit am ehesten mit Rheinland-Pfalz zu vergleichen, wo die öffentliche Debatte jedoch viel weiter gediehen ist. Dennoch ist Rüstungskonversion ein Thema vor allem dann und da, wo neben den Produktionsstätten von Rüstungsgütern die Vielfalt und das Geflecht der Zulieferindustrie Platz greift. Daneben ist auch die Produktion und Lieferung von Zivilgütern eine wesentliche Dimension des Problems¹. Landesgrenzen trennen hier allzu leicht, was – vom Produktionszusammenhang aus gesehen – zusammengehört. Konzepte der Rüstungskonversion müssen die Brücken zwischen (Bundes-) Ländern, Regionen, Betrieben und den Wohnorten der Beschäftigten schlagen, sie müssen über- und interregional sowie lokal orientiert sein.

Niedersachsen hat aber auch mit erheblichen Nachteilen zu kämpfen. Im *Ökonomischen* ist vor allem auf die Folgen der Substituierung ökonomischer Regionalentwicklung durch militärische Standorte und Anlagen in der Vergangenheit hinzuweisen. Während das ehemalige Zonenrandgebiet – jetzt im Herzen Deutschlands – wenigstens langfristig Eigendynamik zu generieren in der Lage sein könnte, sind die wirtschaftlichen Problemgebiete zur Nordsee hin mit der Verlagerung der Aufmerksamkeit auf das ganze Deutschland und Europa mehr denn je marginalisiert. Beide Gebiete sind zudem stark agrarisch orientiert; ein Wirtschaftsbereich, dem die Europäisierung der einschlägigen Produktionen zusätzlich Konkurrenz und damit Kopfzerbrechen bereiten wird. Die ohnehin schwierige regionale Wirtschaftsentwicklung des Flächenstaates Niedersachsen wird hier durch die Militärkonversion auf einen Anfangszustand der ins Auge zu fassenden Veränderungen zurückgeworfen, der als erforderliche neue Qualität einer Wirtschaftspolitik erst noch ins Bewußtsein der Akteure gerückt werden muß. Konzepte der Militärkonversion müssen nach-, aufholende und zukünftige Entwicklung aus einem analysierten Neuanfang umfassen, sie müssen historisch langfristig und Produktions-, Arbeits- und Lebensbereiche umfassend angelegt sein.

Im *Sozialen* sind die Probleme Niedersachsens nicht mit den unmittelbaren sozialen Folgen ökonomischer Veränderungen, d. h. Entlassung, Umschulung und Arbeitsplatzersatz bei lokalen Militäreinrichtungen sowie in der Rüstungsindustrie ausreichend umschrieben. Gedacht werden muß einerseits auch an die Effekte der gesamtdeutschen

¹ Die Volkswagen AG ist sicherlich kein Rüstungsproduzent mehr, aber Produkte werden offensichtlich weiterhin in großen Mengen an die Bundeswehr geliefert.

Truppenreduzierung. Bekanntlich ist der Anteil der Zeitsoldaten vor allem aus den Gebieten überproportional hoch, in denen bislang schon nicht ausreichend Arbeitsplätze zur Verfügung standen. Ähnliches gilt für den in Zukunft ausbleibenden Aufsaugeffekt jugendlicher Arbeitsloser durch die Wehrpflicht. Andererseits hat die Bundeswehr vor allem im Bereich der zivilen Beschäftigten in einem durchaus erheblichen Umfang soziale Arbeitspolitik betrieben. Der Anteil der dort beschäftigten Behinderten, nicht voll arbeitsfähigen und nur schwach beruflich ausgebildeten Personen lag bei knapp über 10 Prozent. Für jede dieser Personen ist die Rückkehr aus dem geschützten Bereich der Bundeswehr in die Wirtschaft kaum möglich. Diese soziale Funktion der Bundeswehr ist dramatisch im Sinken begriffen. Niedersachsen muß mit der Rückkehr bzw. dem Bleiben seiner in bezug auf den Arbeitsmarkt problematischen Landeskinder rechnen. Die Konzepte der Militärkonversion müssen alle Dimensionen der sozialen Lage der Menschen im Auge behalten.

Obgleich den privaten Haushalten die geringste Aufmerksamkeit in unserer Gesellschaft zukommt, tragen sie dennoch die eigentliche Last aller wildwüchsigen Umgestaltung. Hausfrauen und Mütter haben mit knapper gewordenen Finanzen jene Frustrationen der arbeitslosen Männer und Jugendlichen zu kompensieren, die von den anderen Systemen (Arbeitsvermittlung, soziale Sicherung, Freizeit) nicht erfaßt oder nur halb bearbeitet bzw. weitergereicht werden. In Niedersachsen wird der ohnehin schwierige Prozeß der Emanzipation der Frauen in der Gesellschaft erheblich und zusätzlich belastet. Die Konzepte der Militärkonversion müssen neben der sozialen Verträglichkeit auch die Dynamik des gleich mehrdimensional Emanzipatorischen unterstützen.

Im Bereich der *Umwelt* scheinen die Dinge relativ offen auf dem Tisch zu liegen. Niedersachsen verfügt über eine Vielzahl von Kasernen, Standorten, militärischen Anlagen, Flugplätzen und Truppenübungsplätzen. Ihre Räumung, durch welche Streitmacht auch immer, wird das Ausmaß der militärischen Nutzung von Natur und die Umweltschäden erst mit der Zeit deutlicher erkennen lassen. Allerdings verlangen die Defizite an ökonomischer Überausnutzung der Natur, die mangelnde Integration von Ökologie und Verkehr sowie an natürlich belassenen Erholungsgebieten in der Folge der bisherigen politischen und ökonomischen Entwicklung auch in Niedersachsen, die Prioritäten neu und rechtzeitig zu überdenken und zu setzen. Solange die Begehrlichkeiten nicht geweckt sind, können die Konflikte begrenzt und einfache Interessenpolitik minimiert werden. Aber auch hier greift wiederum der Ansatzpunkt an nachzuholender Entwicklung. An die Stelle jeder eindimensionalen Ausnutzung der Ökologie muß sie als Grundlage des Produzierens, Arbeitens und Lebens reproduziert werden und bleiben. Die Konzepte der Militärkonversion müssen unterschiedliche Sanierungs- und Nutzungsformen von Grund und Boden und eine perspektivische Raumordnung mit einbeziehen, sie müssen Umwelt und gesellschaftliche Nutzung zusammenführen.

Regionaler Staat, Kommune und soziales Zusammenleben werden durch die notwendigen Umgestaltungen erheblichen finanziellen Belastungen ausgesetzt sein. Steuerausfälle auf allen Seiten und bei jedermann werden aber auch die Finanzmasse reduzieren, aus der die Maßnahmen der Umgestaltung bezahlt werden können. Einerseits wird also im ohnehin ›armen‹ Niedersachsen die Verteilungsproblematik im Land zwischen den Interessen erheblich zunehmen, und andererseits wird der Bund keinen Geschmack daran finden können, mehr als die rein militärische Abrüstung bzw. Umrüstung zu bezahlen. Die föderale Struktur der Bundesrepublik, die in gewisser Form in der Autonomie der kommunalen Ebene ihre Fortsetzung findet, wird sich als Vorabkanalisierung der Finanzmittel erweisen, die nur mit erheblichem politischem Aufwand und im begrenzten Rahmen überwunden werden kann. Niedersachsen wird zunächst und letztlich nur für

sich selbst sorgen können. Jede Militärkonversion tut folglich gut daran, die relative Begrenzung aller Finanzmittel zu berücksichtigen.

Damit sind die größten, spezifisch niedersächsischen Elemente des Anfangs der Militärkonversion genannt. Die Problemregionen der Militärkonversion sind eher agrarisch strukturiert, die wenigstens sekundären Arbeitslosen sind als Potential eines notwendigen Neuanfangs zahlreich, eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung ist nicht so recht in Sicht, die Finanzmittel, die für die Konversion zur Verfügung stehen werden, werden (relativ) schrumpfen bzw. Umverteilung voraussetzen, die Umweltproblematik muß über Sanierung und gesellschaftliche Neuverteilung des Nutzens von Grund und Boden erreicht werden, und es besteht die Gefahr der Verlagerung und Verdrängung der Probleme in Bereiche der Gesellschaft, in der Emanzipation kein anerkanntes Ziel der Politik ist. Kurz, auf die Politik und die Verwaltung werden erhebliche und bislang unbekannte Aufgaben zukommen, die mit ›klassischen Mitteln‹ allein kaum zu bewältigen sein werden.

3. Die Politik der Umgestaltung

Der Prozeß der Militärkonversion wird als ein länger andauernder Aushandlungsprozeß zwischen alliierter bzw. zentralstaatlichem Militär und föderalem Land sowie dessen Differenzierungen vonstatten gehen. Die damit angedeuteten Konflikt- und Konsenszonen werden zwischen unterschiedlichen Politikbereichen auf unterschiedlichen Politikerebenen thematisiert und in entsprechend ausdifferenzierten Verwaltungseinheiten realisiert werden. Prozeß und Zonen werden sich neue Organisationsformen suchen, in denen in Ermangelung zukunftsorientierter und gemeinsamer Entwürfe der Konversion aus tradiertem Interesse Stellung bezogen werden wird. In den dort und dann ablaufenden Prozessen wird das ›offizielle‹ und damit förderungswürdige Verständnis der Konversionsproblematik erst hergestellt, auf das sich dann alle anderen und bislang nichtbeteiligten Personen beziehen müssen. Sollen Verkürzungen, Umformulierungen und Verdrängungen von Inhalten minimiert werden, müssen organisatorische Fortsetzungen und Rückbindungen dorthin geschaffen werden, wo die Schwierigkeiten lokal verspürt, realisiert und wo dann letztlich mit den Lösungen gearbeitet und gelebt werden muß. Die Konzepte der Militärkonversion müssen intra- und innerorganisatorisch begleitet und auch nach ›unten‹ ausgebaut und auf längerfristige Zeithorizonte ausgerichtet werden.

Für jede der beteiligten politischen und administrativen Einheiten wird es stets um eine völlig neue und einmalige Aufgabe gehen. Dabei ist das Militär für den engen Sektor eines ›militärverträglichen‹, d. h. wohl eines geordneten Abbaus bzw. Rückzugs zuständig, bei dem die Ökonomisierung des Zurückgelassenen über Finanzen im Vordergrund stehen wird. Das Land und seine Politik sind für den Aufbau und die Dynamik einer Region in allen Sektoren des öffentlichen und privaten Lebens verantwortlich, wobei über die neuen Aufgaben, die Produktions-, Arbeits- und Lebenschancen der Bürger befunden wird. Und die Bürger werden ganz spezifische Nutzungen für die militärischen Einrichtungen im Auge haben, die vor allem lokale soziale Problemlagen zu lindern oder zu lösen helfen sollen. Für den Interessenausgleich sind neue demokratische Formen der Beteiligung erforderlich, die die Mobilität der Gedanken vor allem von den Betroffenen nach ›oben‹ befördern. Mehr Demokratie wagen, nicht Demokratie ersetzen ist das Stichwort. Für die administrative Ausführung sind die zentralen Ressourcen und deren Vergabekriterien zu überprüfen, um von den Begrenzungen aus nur förmlicher Kontrolle zur Unterstützung funktionaler Initiativen zu kommen. Gerade bei knap-

pen Mitteln bietet sich die möglichst dezentrale Verteilung von Ressourcen an, die in einem Rahmen gefaßt die Motivation und Initiative der Beteiligten und Betroffenen am stärksten in Bewegung setzen kann. Sowohl auf demokratischer wie auf administrativer Seite sollten Experimente immer dann eingeplant werden, wenn die Sicherheit, daß die erwünschten Ergebnisse eintreten, über Gebühr reduziert ist. Nur so »bewiesene Programme« sollten flächendeckend umgesetzt werden. Die Konzepte der Militärkonversion müssen die intersektorale Spezifik und Zusammenarbeit der Interessen als vertikale Umverteilungsmuster gesellschaftlicher Chancen verstehen.

Sicherlich muß die Politik auch überprüfen, inwieweit die einzuleitende Konversion andere Ziele von Politik und Verwaltung behindert oder ob nicht durch die Konversion andere und alte Problemlagen in der Gesellschaft, die nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Militär stehen, mit den dafür für notwendig erachteten Maßnahmen mit erreicht werden können. Konzeptionelle Politik und Verwaltung aus einem Guß müssen versuchen, den Anlaß zur Aktion zu überschreiten, um eine möglichst breite Palette von Problemen funktionsbezogen zu bewältigen. Die bloße Bündelung aller möglichen staatlichen Maßnahmen macht zuallererst finanztechnischen Sinn. Die Konzepte der Militärkonversion sollten an der Möglichkeit der Politikkombination nicht vorbeigehen.

Jede Konversionsart, sei sie auf der Ebene des Militärischen oder des Strukturellen der Gesellschaft festgemacht, kennt ihre eigene Problem-, Sach-, Zeit-, Horizont- und Aushandlungs-, Beteiligungs- und Umsetzungs- bzw. Gestaltungsstruktur. Die Rückgabe von Gebäuden hängt von Konsens- und Finanzierungs- sowie förmlichen Prozessen ab; ein Flugplatz im ländlichen Bereich braucht, selbst wenn er an zivile Behörden übergeben wurde, nicht zu einem ökonomisch, sozial oder politisch vertretbaren Eigenleben zu finden; ein Truppenübungsplatz stellt über die Sanierungsproblematik und die vielleicht mangelnden agrarischen Nutzungsmöglichkeiten des Bodens ein weiteres Hindernis in den Weg; usw.

Was auf der Seite offensichtlich militärischer Konversion bereits problematisch, aber immer noch gegenständlich und damit in gewissem Rahmen prüfbar ist, bereitet im Bereich gesellschaftlicher Strukturwirkungen ganz andere Schwierigkeiten. Wie lassen sich zum Beispiel unterschiedliche Nutzungskonzeptionen verschiedener Interessengruppen gegeneinander abwägen? Soll eine Kaserne für Hochschulen oder als Studentenwohnheim genutzt werden, so ist die Erzielung eines Marktpreises – das Ziel des Bundesfinanzministers als Eigentümer – ein möglicherweise unüberwindliches Hindernis.

Und auch die Wirtschaft kann keinesfalls als beliebig wachsend begriffen werden. Sie ist kein Schwamm für Konversionsbestandteile; und selbst dort, wo wirtschaftlicher Aufwind vermutet wird, ist noch lange nicht ganz Niedersachsen und mit gleicher Intensität betroffen. Für Konversionsanliegen müssen erst Märkte geschaffen oder die Produkte wenigstens erst marktfähig gemacht werden, bevor die Ökonomie zur Triebfeder des Wandels vom Militär zur zivilen Güter- bzw. Dienstleistungsproduktion werden kann. Viele Gelände und Gebäude – bei ihrer Einrichtung an militärischen Standortinteressen orientiert – liegen nunmehr fernab jeglicher ökonomisch sinnvoller Nutzung, häufig zudem bei fehlender Infrastruktur.

Das Schicksal von Arbeitslosen im Konversionsprozeß stellt sich als »Karriere« durch die Institutionen des Arbeitsmarktes und der »sozialen Sicherung« dar und schlägt sich, wenn überhaupt quantitativ meßbar, am Rand aller Sozialität als »abweichendes Verhalten« oder irgendwie doch selbst verschuldete Armut nieder. Die nicht voll Arbeitsfähigen werden aus beruflicher Sicherheit gleichfalls, direkt und chancenlos aus dem Arbeitsleben ausgegrenzt. Für sie kann das Beschäftigungs-Aus einen Weg ohne Umkehrbarkeit in die Spirale von psychischen Belastungen und Krankheitszunahme

bedeuten. Insofern reichen Sozialpläne und Abfederung durch Tarifverträge keinesfalls aus. Für eine lokale und regionale Ökonomie ist dies in Einzelfällen eine erhebliche Dauerbelastung. Und ob die Renaturierung von Militärstandorten soviel Arbeitsbedarf produziert, bleibt offen.

Daß nunmehr endlich Kasernen, Start- und Landepisten von Flughäfen und Übungsplätzen von Beton und militärischen Altlasten befreit werden können, heißt noch lange nicht, sie einer sinnvollen und umfassend verträglich gedachten Umwelt zuzuführen. Intensive Agro-Industrie steht als nächster Nutzer vor der Tür, und was von militärischen Sperrhinweisen befreit als ›grüne Lunge‹ den Menschen und Tieren wieder zur Verfügung stehen können wird, bedarf weiterer Vorbereitung, um dem Menschen in seiner ihm angemessenen Aufgabe dienen zu können. Häufig ist die Renaturierung der militärischen Flächen, die insgesamt etwa 7 Prozent der Gesamtfläche Niedersachsens ausmachen, die letzte angestrebte Lösung, die Restlösung. Eine ökonomische Nutzung steht im Vordergrund der Militärkonversion. Insofern erkennen wir auch hier die gesellschaftliche Prioritätensetzung deutlich.

Kurz: Jede Konversionsart und jeder Konversionsfall haben ihre eigene zeitliche, sachliche und inhaltliche Auslage und Konjunktur. Es macht wenig Sinn, sofort und überstürzt mit praktischer Umsetzung und Gestaltungsprojekten zu beginnen.

Die Militärkonversion sollte also nicht mit praktischen Lösungen begonnen werden, nur weil sie ›doch einfach auf der Hand liegen‹. Die Chancen, in noch nicht ›reife‹ und realisierbare Objekte oder Handlungen zu investieren, sind hoch aufgrund der Art und Weise, in der in unserer Gesellschaft Entscheidungen getroffen werden. Die Zeitstrukturen der Organisationen müssen berücksichtigt und können modifiziert, aber nicht ausgehebelt werden. Aus diesem Grund scheint es angemessener zu sein, zunächst einmal Analysen des Bestandes der Militärkonversionsprobleme bzw. ihrer Wirkungen auf die Strukturen der Gesellschaft und Szenarien zu ihrer Lösung auszuarbeiten. Auf beiden Ebenen sollten

- die Dringlichkeit der Probleme, der optimale Zeitpunkt und der zeitliche Rahmen ihrer Lösungen,
- die ökonomischen, sozialen, umweltbezogenen, politischen und emanzipatorischen Gesichtspunkte,
- die organisatorischen, personellen und finanziellen Ressourcen, Engpässe und Möglichkeiten sowie deren auf Wandel ausgerichtete Erweiterung nach ›unten‹ und
- die weiteren vorhersagbaren Entwicklungen

erarbeitet und zu einem Perspektivprogramm zusammengefaßt werden. Dabei hat ganz wesentlich

- die Umkehrung der Artikulations- und Aktualitätshierarchie,
- die Erweiterung der Beteiligungsformen im demokratischen wie im administrativen Bereich,
- die Anerkennung dezentraler und letztlich immer lokaler Lösungskapazität

im Vordergrund zu stehen. Je nach dem Ausmaß des Eingriffs der Umgestaltung muß politisch entschieden werden, ob die klassischen Mittel der regionalen Wirtschaftsförderung und weiterer flankierender sozialer Maßnahmen ausreichen, um statt Deindustrialisierung neue Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen.

4. Die Umwelt einer friedlicheren Gesellschaft

Keine Frage: Konflikt hat in der Umwelt einer friedlichen Gesellschaft einen ganz anderen Zungenschlag als in der, die heute besteht. Während derzeit auf die heilende Kraft der aus Konflikten entstehenden Dissonanzen, praktisch im zweiten Zugriff und als ›invisible hand‹, voller Hoffnung gesetzt werden muß, kann eine friedliche Gesellschaft von vornherein und direkt auf die synergetischen Effekte der Konflikte setzen. Im ersten Fall ist der Zielpunkt der Konflikte für die Akteure jenseits ihrer privaten Interessen offen; in letztlich formalen Verfahren wird und wird immer wieder (auch demokratischer) gesellschaftlicher Zusammenhang als Durchsetzung von Einzelinteressen legitim hergestellt gesehen; die Sozialisierung aller negativen Effekte und die tendenzielle Ablehnung von gemeinschaftlicher und gesellschaftlicher Verantwortung sind unumgehbare Folgen. Im zweiten Fall existiert eine virtuelle Vorstellung von dem, was erreicht werden soll, gemeinsam in allen Köpfen; hier geht es um den ›one best way‹ des Erreichens kollektiv gesetzter und gewisser Vorstellungen, ohne daß ein Korsett aus nur zu glaubender Legitimität (Weber) und durch Verfahren (Luhmann) den Stützapparat kollektiven Sinns darzustellen und zusammenzuhalten hat; Gesellschaft wird bewußt er- und gelebt.

Auf diesem Hintergrund läßt sich einigermaßen gut verdeutlichen, daß etwa die Begrenzung und Zuspitzung der Militärkonversion auf die Umweltfrage, also deren Subjektivierung und Zurichtung zu Interesse, am leichtesten zu fordern und auch zu erreichen ist. Die Öffnung der Kasernen für nicht offen als militärisch deklarierte Nutzungen, die Renaturierung von Truppenübungsplätzen durch die Entsorgung der dort angesammelten Altlasten und die Verschrottung von im Zuge der militär-technischen Entwicklung immer gerade zu einfachen, weil veralteten Waffen gemachten fortschrittlichen Waffen der letzten Waffengeneration erscheint allzu schnell und allzu einfach als Abrüstung, Entrüstung oder Verbesserung der Umwelt. Daß immer intensivere Formen der Kriegsmaschinerie dem sich nach mehr Frieden sehnenenden Bürger in regelmäßigen Abständen ein paar Brocken des Beweises der Friedfertigkeit vor die Füße werfen können, gerät nicht mehr in die Optik des doch eigentlich Gutes wollenden Einzelnen und seiner sozialen Bewegung. Ja, von der Warte des Gesamtsystems aus gesehen, leisten die ›Umwelt- und Friedensfreunde‹ gerade die Legitimationsarbeit eines Nebels von Friedenszunahme, hinter dem das Militärische weiter unbehelligt seinen Weg und Interessen nachgehen kann.

Das auch analytisch und für die Argumentation Ekelhafte an den geschilderten Prozessen und Zusammenhängen ist nun nicht nur, daß die aktuellen Konflikte zunächst einmal die Ebene der eben etwas systematischer skizzierten Scheinkonflikte überwinden müssen, sondern auch, daß die wesentlichen Weichenstellungen gerade da geschehen, wo die Konversionsdebatte als Folgenbewältigung der vielleicht nur vermeintlichen Abrüstung überhaupt nicht geführt wird. Die immer und wie gottgegeben hingegenommene Teilung von Militär und Frieden trennt die Konversionsanliegen vom eigentlichen Ort ihrer Entstehung und Reproduktion ab und begrenzt sie auf die nachfahrende Sozialverträglichkeit, das heißt doch nur auf eine weichere Form des dem normalen Bürger aufs Auge drückens vielleicht nur militärischer Umstrukturierung. Sie müssen im Takt und Ausmaß auslöffeln, was das Militärische als nicht mehr brauchbar von sich gibt.

Das Ekelhafte ist gerade, daß man mit jedem Hinweis auf die Grundprobleme der Konversion gerade von jenen beargwöhnt und falsch verstanden werden muß, die gleich den ganzen Frieden in der unmittelbaren Tat etwa für Umwelt und gegen Waffen und in der Zufriedenheit mit den ersten Ergebnissen des engagiert vorgetragenen Protestes finden.

Das Wesentliche an der eigentlich zu führenden Debatte ist mit den an Subjekte, Interessen und Ökologie bzw. einfacher Waffenverschrottung geketteten Argumenten und Aktionen nicht zu erreichen. Der enge Begriff der Umwelt im Sinne eines Gegenstandes und Bereiches kann nur ein erstes Stück weit tragen.

Allerdings tritt dieses engere Umweltverständnis als hochaktuelles Anliegen der Subjekte nicht in Konkurrenz zu Versuchen, den Frieden besser zu sichern, weil eine friedlichere Gesellschaft immer bessere Umwelt mit beinhalten muß und beides, Friede und Umwelt, von den in den Griff zu bekommenden Verwertungsbedingungen sowie den sozialen Rahmenbedingungen abhängt.

Kurz: Jeder Schritt, der sich nicht als bloße Kaschierung ganz anderer Interessen ausweisen läßt, ist ein guter Anfang; Aktionismus ist überflüssig.

Literatur

- Olaf Achilles, Ingrid Tegtmeier. *Die verhinderte Konversion. Bundeswehr und Rüstungsindustrie auf neuen Wegen – am Beispiel einer Region.* (Schriftenreihe *Produktion & Region*). Kassel: Jenior und Preßler, 1993.
- Arbeitskreis Wirtschaftliche Auswirkungen der Rüstungseinschränkungen einschließlich des Truppenabbaus. *Studie an die Wirtschaftsministerkonferenz.* O. O.: o. V., September 1990.
- Günther Bächler, Volker Böge, Stefan Klötzli, Stephan Libiszewski. *Umweltzerstörung: Krieg oder Kooperation? Ökologische Konflikte im internationalen System und Möglichkeiten der friedlichen Bearbeitung.* Münster: agenda, o. J. [1992].
- Uwe Blien, Friedrich Buttler, Gewerkschaft ÖTV (Hg.). *Arbeitsplatz heute und morgen – Folgen von Truppenreduzierungen und Rüstungskonversion für den Arbeitsmarkt.* Stuttgart: Selbstverlag, o. J. [1992/93].
- Ulrich Briefs (Hg.). *Anders produzieren, anders arbeiten, anders leben. Von der Alternativproduktion zur demokratischen Produktionspolitik.* Köln: Pahl-Rugenstein, 1986.
- Stephan Brückl. *Veränderungsgänge und Karrierebrüche. Psychische Implikationen der Rüstungskonversion.* Kiel: PFK, 1991.
- Werner Bussmann (Hg.). *Konversion. Neue Chancen für Militärstandorte und Rüstungsbetriebe.* Heidelberg: Müller, C. F. / Heidelberger Verlagsservice, 1993.
- Mike J. E. Cooley. *Technologie, Gewerkschaften und menschliche Bedürfnisse.* Genf: Internationaler Metallarbeiterbund, 1984 (Dok. 84-6).
- Wiking Ehlert. »Technisierte Partizipation. Neue Technologie, alte Empirie und funktionaler Arbeitsprozeß«. Leo Kißler (Hg.). *Computer und Beteiligung.* Opladen: Westdeutscher Verlag, 1988.
- Wiking Ehlert (Hg.). *Sozialverträgliche Technikgestaltung und/oder Technisierung von Sachzwang?* Opladen: Westdeutscher Verlag, 1992.
- Wiking Ehlert. »Administration«, »Public Sector«. György Széll (ed.). *Concise Encyclopaedia of Participation and Co-Management.* Berlin, New York: de Gruyter, 1992, 1-18.
- Rainer Ertel. »Auswirkungen von Abrüstung und Truppenreduzierung in Niedersachsen. Überblick und offene Fragen«. *Neues Archiv für Niedersachsen* (1993), 1, 13-24.
- Klaus-Peter Fährmann. *Notwendigkeit und Chance der Rüstungskonversion – Oder die Umstellung der Kriegsmittelproduktion auf die Fertigung alternativer Güter unter sozioökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten.* Osnabrück: Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität, 1987 (unveröffentl. Diplomarbeit).
- Friedensforum.* Themenheft »Ökologie und Frieden« (1990), 5.
- Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Institut für Medienforschung und Urbanistik IMU (Hg.). *Regionale Konversion. Anregungen und Vorschläge für zielgerichtete Initiativen zur Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für die von Entlassung bedrohten Zivilbeschäftigten bei den Streikkräften.* Stuttgart: ÖTV-Hauptverwaltung, 1991.
- Rainer Heubeck. »Altlasten«. *Wiener* (1992), Juni, 140-144.
- Lutz Köllner, Burkhardt J. Huck (Hg.). *Abrüstung und Konversion. Politische Voraussetzungen und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik.* Frankfurt/M., New York: Campus, 1990.
- Manfred Körber. »Zwischen Krisenmanagement und Utopie. Regionale Konversion als gesamtgesellschaftlicher Prozeß«. *Expresß* (1992), 5.

- Niklas Luhmann. *Soziale Systeme*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1984.
- Militärstandorte*. Braunschweig: Westermann, 1980 (= *Geographische Rundschau*, Beiheft Praxis Geographie 10,1).
- Erwin Müller, Götz Neuneck (Hg.). *Rüstungsmodernisierung und Rüstungskontrolle. Neue Technologien, Rüstungsdynamik und Stabilität*. Frankfurt/M.: Nomos, 1992.
- Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. *Rüstungsabhängigkeit und Truppenreduzierung in Niedersachsen. Bestandsaufnahme auf Landkreisebene und Perspektiven. Gutachten im Auftrag des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr von Margret Bäcker und Rainer Ertel (Projektleitung)*. Hannover: o. V., 1991.
- »Osnabrück/Pax Christi: »Rüstungsexporte aus dem Bistum. Der Wirtschaftswissenschaftler Ralf Hofer referiert am 17. Februar in Osnabrück««. *Osnabrücker Sonntagsblatt* v. 13. Februar 1994.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.). *Bundeswehr in den 90er Jahren. Warum und wofür? Erklärungen, Reden, Vorträge, Artikel*. Bonn: o. V., 1990 (= Schriftenreihe *Berichte und Dokumentationen der Bundesregierung*).
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.). *Stunde der Abrüstung: Sicherheitspolitik vor und nach der Null-Lösung*. Bonn: o. V., o. J.
- Ursula Richter, Manfred Zitzelsberger. »Vom Tornado in die Umwelttechnik. PUR Augsburg – Produkte für den Umwelt- und Ressourcenschutz – eine Projektinitiative der Stadt Augsburg und des Unternehmens MBB«. *Die Mitbestimmung* (1989), 12.
- Rüstungs- und Standortekonstruktion – Maßnahmen zum Ausgleich der wirtschaftlichen Folgen der Abrüstung in strukturschwachen Regionen*. BT-Drucksache 11/7441.
- Gi Woong Son. *Umweltmilitarismus, Sozio-Militarismus und Öko-Militarismus*. Münster, Hamburg: Lit, 1992.
- György Széll (Hg.). *Rüstungskonversion und Alternativproduktion*. Hamburg, Berlin: Argument-Verlag, 1987.
- György Széll. »Sozialorientierte Technikgestaltung im Jahr 2000«. *WSI-Mitteilungen* (1987), 8, 464-471.
- György Széll. »Alternativen für die wirtschaftsstrukturelle Entwicklung des Raumes Osnabrück«. Stadt Osnabrück (Hg.). *Perspektiven der Stadtentwicklung Ökonomie – Ökologie*. Osnabrück: o. V., 1988, 149-178.
- György Széll (Hg.). *Konzepte alternativer Regionalentwicklung und gewerkschaftliche Handlungskompetenz*. Osnabrück: Wurf, 1989.
- György Széll. »Möglichkeiten partizipatorischer Konversion auf der Basis der Mitbestimmung«. Köllner, Huck (Hg.), *Abrüstung*, 491-510.
- György Széll. »Rüstungskonversion als Friedensstrategie«. Walter Aschmoneit, Michael Daxner (Hg.). *Krieg und Frieden*. Osnabrück: Universität, 1984.
- György Széll, Wilhelm Meemken. »Arbeit und Wissenschaft e. V. – Arbeitnehmerorientierte Regionalförderung in Osnabrück«. Udo Bullmann u. a. (Hg.). *Lokale Beschäftigungsinitiativen*. Marburg: SP, 1986, 106-116.
- Taking Stock. The Impact of Militarism on the Environment*. Toronto: The Working Group on Militarism and the Environment (WGME), Science for Peace, University College, University of Toronto / Canada, o. J.
- Hermann Voss. *Die neuen Altlasten. Schwermetallbelastung von militärisch genutzten Flächen*. Alheim: Riedmühle, 1990.
- Werner Voß. »Regionale Bedeutung der Rüstungsproduktion in Norddeutschland«. Klaus Schomacker, Peter Wilke, Herbert Wulf (Hg.). *Alternative Produktion statt Rüstung*. Köln: Bund, 1987, 92-122.
- Max Weber. *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen: Mohr, 1956 (1920).
- Christian Wellmann. *Abrüstung und Beschäftigung – ein Zielkonflikt?* Frankfurt/M., New York: Campus, 1989.